

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Marc Bernhard, René
Bochmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/8206 –**

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika strategisch ausrichten – Für eine
sichere Rohstoffversorgung der deutschen Industrie – Wachstum, Sicherheit
und Stabilität in Deutschland und den afrikanischen Partnerländern
sicherstellen**

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass Deutschland als wichtige Industrienation zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt zähle. Dazu gehörten vor allem Metall- und Energierohstoffe sowie Industriemineralien, die zu großen Teilen importiert werden müssten.

Deutsche Unternehmen scheiterten damit, sich ausreichend und langfristig mit diesen Rohstoffen zu versorgen, wohingegen andere Nationen durch eine strategische Rohstoffpolitik den Zugriff auf die Rohstoffvorkommen gesichert hätten; insbesondere China spiele dabei eine herausragende Rolle.

Nach Auffassung der Antragsteller belaste die deutsche Bundesregierung ihre Entwicklungspolitik mit ideologischen, zweck- und realitätsfremden Anspruchshaltungen, anstatt eine verlässliche, internationale und wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung zu schaffen. Dadurch gefährde sie die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und die Bedürfnisse der afrikanischen Partnerländer.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/8206 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender

Manuel Gava
Berichterstatter

Nicolas Zippelius
Berichterstatter

Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Berichterstatter

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Manuel Gava, Nicolas Zippelius, Dr. Jan-Niclas Gesenhues, Knut Gerschau und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/8206** in seiner 119. Sitzung am 7. September 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) künftig strikt an den ökonomischen Interessen Deutschlands sowie am wirtschaftlichen Prosperieren der afrikanischen Partnerländer auszurichten. Dabei sollten alle ideologischen Projekte rund um die Leitmotive „Klimaschutz“, Gender Mainstreaming und Feminismus eingestellt werden.

Die Antragsteller fordern von der Bundesregierung die Entwicklung bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit dem afrikanischen Kontinent. Dabei solle über diejenigen Rohstoffe verhandelt werden, die für die deutsche Industrie perspektivisch von strategischer Wichtigkeit seien.

Die Antragsteller fordern schließlich, dass das Thema „Rohstoffe“ im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung prioritär zu berücksichtigen sei.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/8206 in seiner 45. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/8206 in seiner 52. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 41. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass ein Hauptpunkt in der nationalen Sicherheitsstrategie von Außenministerin Annalena Baerbock die Rohstoffsicherheit für Deutschland sein müsse. Ohne Rohstoff gebe es keine Industrialisierung und keine Industrie. Mit Blick auf den afrikanischen Kontinent könne man feststellen, dass alle Länder dort an Einfluss gewinnen würden. Die Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die sogenannten BRICS, würden stärker. Russland ziehe die Sahel-Zone zu und steuere Migrationsströme, die nicht nur von rechts, sondern nunmehr auch von unten kämen. Alle diese Staaten würden sich die Rohstoffe sichern, obwohl die afrikanischen Länder nicht in erster Linie mit Russland oder China zusammenarbeiten wollen würden. So machten die zentralafrikanischen Staaten, also die Republik Kongo, die Demokratische Republik Kongo, Gabun und Kamerun, immer wieder deutlich, dass sie Deutschland als Partner wollten, um eine Wertschöpfung auf beiden Seiten

zu erreichen und auch, um Bildung und menschenrechtlich einwandfreie Arbeitsplätze zu gestalten. Würden die anderen Fraktionen diesen Antrag ablehnen, öffne das die Türen für die anderen, und das wäre fatal.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass in dem vorliegenden Antrag nicht ein einziges Mal die Afrikastrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erwähnt werde, denn das Thema Rohstoffe nehme darin einen erheblichen Teil ein. Es sei immer wieder erstaunlich, dass die Fraktion der AfD Menschenrechte und internationales Rechte abfällig als „realitätsfremde Anspruchshaltung“ oder „ideologischen Überbau“ bezeichne. Es sei eine falsche Vorstellung, zu glauben, dass Deutschland in die rohstoffreichen Länder Afrikas gehen könne, die Menschenrechtslage beim Rohstoffabbau ignorieren und nicht thematisieren würde; Deutschland werde kein „China 2“ werden. Die Fraktion der SPD halte es weiterhin für richtig und wichtig, sich beim Rohstoffabbau die Menschenrechtsstandards und die Arbeitsbedingungen anzuschauen; dazu gehöre auch der Schutz von Kindern. Die afrikanischen Partner wollten keineswegs ein „China 2“, sie wollten vielmehr Partner, die andere Maßstäbe als China setzten. Alles in allem sehe man in dem vorliegenden Antrag keinen Mehrwert, die Afrikastrategie mit dem Rohstoffteil erfülle voll und ganz diese Ansprüche, und deshalb lehne die Fraktion der SPD diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass in dem vorliegenden Antrag einmal mehr sehr vieles miteinander vermengt werde. So werde die Frage nach der eigenen Rohstoffversorgung mit dem grundsätzlichen Anliegen, die deutsche EZ generell „zu schleifen“, vermengt. Die Fraktion der AfD ignoriere, dass man für eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern vor Ort auch Grundlagen für ein gemeinsames Wirtschaften schaffen müsse. Im Antragstext würden Anführungsstriche beim Begriff Klimaschutz verwendet, die Förderung von Frauen als Ziel der deutschen Entwicklungspolitik abgelehnt und die Arbeit Chinas in Afrika gelobt; das zeige die Geisteshaltung der Antragsteller. Wenn man etwas tiefer in die Materie einsteigen würde, dann finde man einen Bericht des Kieler Institutes für Weltwirtschaft, in dem die Intransparenz chinesischer Kreditvergaben kritisiert werde. Außerdem werde dort festgestellt, dass China selten bis gar keine Schuldenerleichterungen gewähre und der hohe Verschuldungsgrad von afrikanischen Länder häufig aufgrund von chinesischen Investitionen entstanden sei. Man stelle schließlich fest, dass als Quellen die Tagesschau und der Spiegel genannt würden; das könne man nicht ernst nehmen. Deshalb verweise die Fraktion der CDU/CSU auf den eigenen Antrag „Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren, neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken“ (BT-Drs. 20/4042). Die Ziele dieses Antrags werde man weiter verfolgen, den vorliegenden Antrag lehne man hingegen ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass die Fraktion der AfD bei diesem Antrag „ihre Maske fallen gelassen“ habe. Es werde hier deutlich, dass sie in Wahrheit von einer einseitigen Ausbeutung der Rohstoffressourcen in den Partnerländern und von einer Instrumentalisierung der EZ für diese wirtschaftlichen Interessen Deutschlands träume, ohne die Bedarfe der Partnerländer zu berücksichtigen. Die aufgestellten Forderungen stünden im Gegensatz zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen (VN). Die Antragsteller lieferten damit eine Blaupause für das, was EZ nicht sein sollte. Das BMZ habe in seinem Engagement erfreulicherweise andere Schwerpunkte und richte auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf weitere Inhalte auf einem hohen Niveau. Das zeige sich an den strukturellen Veränderungen innerhalb des BMZ, an der Fokussierung auf partnerorientierte Projekte, an der Etablierung von Klimaschutz als Querschnittsziel sowie an der Stärkung nachhaltiger Geschäftsmodelle. Diese Ausrichtung werde Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien schaffen, und deshalb wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Weg weitergehen. Gleichzeitig lehne man den vorliegenden Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass die Thematik des vorliegenden Antrags längst bekannt sei, und somit laufe die Fraktion der AfD hier wieder einmal los, um bereits geöffnete Türen einzurennen. Das sei offenbar die einzige Strategie, die dieser Fraktion noch einfalle, um die wirtschafts- und entwicklungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung zu diskreditieren. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hätte, basierend auf der Rohstoffstrategie aus dem Jahr 2020, weitere Eckpunkte ergänzt, damit deutsche Unternehmen auch in Zukunft Zugang zu allen benötigten Rohstoffen hätten. Dazu sollten Rohstoffprojekte in Deutschland, der EU und weltweit finanziell gefördert werden. Außerdem wolle man mehr Rohstoffe in Deutschland selbst recyceln und wiederverwerten. Dieser Aspekt sei allerdings für den vorliegenden Antrag völlig nebensächlich. Außerdem verstricke er sich in Widersprüche. Einerseits werde China kritisiert, das sich „strikt an den eigenen ökonomischen Interessen“ orientiere, aber andererseits werde gefordert, dass sich die deutsche EZ „strikt an den ökonomischen Interessen Deutschlands“ orientieren solle; es kämen hier Chinaphobie und Chinabewunderung zusammen. Die Fraktion der FDP setze stattdessen auf eine nachhaltige, partnerschaftliche und wertegeleitete Entwicklung, und

man verfolge eine Rohstoffpolitik, die nicht auf Ausbeutung und Verschuldung ausgerichtet sei, sondern Investitionen in die Infrastruktur zum beiderseitigen Vorteil entwickle, unter Einbeziehung der Bevölkerung und Zivilgesellschaft in den afrikanischen Ländern. In dem Antrag gehe es einmal mehr ausschließlich um Deutschland, dabei müsse man wissen, dass die Europäische Kommission aktuell ein Gesetzesvorhaben zu kritischen Rohstoffen verfolge, und daran wolle man, im Interesse Deutschlands, Europas, der Unternehmen und der Partnerländer, verantwortlich mitwirken. Den Antrag lehne die Fraktion der FDP ab.

Berlin, den 20. September 2023

Manuel Gava
Berichtersteller

Nicolas Zippelius
Berichtersteller

Jan-Niclas Gesenhues
Berichtersteller

Knut Gerschau
Berichtersteller

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

